

„Grummer Luft braucht Erste Hilfe“

FDP: Tunnel verlängern, LKW verlagern

Grumme • Bei der Diskussion um die Feinstaubbelastung sind zurzeit alle Blicke auf Stahlhausen gerichtet, wo die Planfeststellung für die A 40-Erweiterung ansteht. Hans-Otto Forth, Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion, blickt da schon etwas weiter - nach Nordosten: „Auch in Grumme gibt es ein riesiges Luftschadstoffproblem, die Grummer Luft braucht dringend Erste Hilfe.“

Mit 110 000 Kfz, davon 20 Prozent LKW-Anteil, gleicht das Verkehrsaufkommen dem der A 40 im viel diskutierten Bereich Stahlhausen. Forth befürchtet, dass vor allem die in Windrichtung aus Richtung der Autobahn liegenden Wohnareale im Norden des Ortsteil längst überhöhten Feinstaubwerten ausgesetzt sind, nicht zuletzt auch in Folge der erhöhten Schadstoffkonzentration an den Öffnungen des Grummer Tunnels. Konkrete Aufschlüsse könnten darüber aber nur spezifische Luftschadstoffmessungen bringen. Die FDP-Fraktion fordert deshalb die Installierung einer kontinuierlich messenden automatischen Station.

Hauptverursacher vor allem beim Feinstaub sind Diesel-LKW, die 20 Mal soviel PM 10 ausstoßen wie Diesel-PKW. Forth plädiert deshalb dafür, den LKW-Verkehr auf der A 40 in diesem Bereich drastisch auszubreiten: „Der LKW-Durchgangsverkehr muss auf die A 1 und A 2 umdirigiert werden, Strecken, die im Übrigen schon weitgehend sechsspurig ausgebaut sind. Das kann auch durch eine differenzierte Handhabung der Maut gelenkt werden,“ verweist Forth auf die Möglichkeiten des neuen Steuerungsinstruments, das mit der zu erwartenden Zunahme des LKW-Verkehrs verstärkt auch die Schadstoffbelastung beeinflussen kann. Eine Antwort auf die Anfrage der FDP an die Verwaltung über die Verkehrsprognosen für 2010/15 steht noch aus.

Um die Luftqualität in Grumme nachhaltig zu verbessern, schlägt die FDP auch vor, den Grummer Tunnel an beiden Enden um jeweils 200 bis 250 Meter zu verlängern und im Tunnel ein Entlüftungssystem zu installieren - Forth: „Denkbar wäre auch eine Galerielösung wie in Wuppertal an der A 46.“ Bund und Land müssten für die Kosten aufkommen wie beim Projekt in Gelsenkirchen-Erle. • **stö**

Ruhr Nachrichten, 16. April 2005